

## ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Stadtwachstum und -erweiterung kann eine Vielzahl von positiven wie negativen Wirkungen auf den kommunalen Haushalt einer Stadt haben. Werden diese Wirkungen ausschließlich aus dieser fiskalischen Perspektive betrachtet, ist Stadtwachstum a priori weder mit einer Belastung noch mit einem Gewinn für den Kommunalhaushalt verbunden. Die vorhandenen Untersuchungen für Stadtentwicklungsprojekte in Wien zeigen, dass die fiskalischen Effekte des Stadtwachstums per Saldo nur geringe Wirkungen auf den Kommunalhaushalt haben.

Die konkrete Stadt(teil)planung kann maßgeblich die fiskalischen Wirkungen beeinflussen; einerseits durch die Planung von neuen Stadtteilen mit einer Nutzungsmischung, mit einer Anbindung an bestehende Infrastrukturen, und vor allem durch den Vorzug von Innenentwicklung gegenüber einer Außenentwicklung. Darüber hinaus sind Infrastrukturen mit möglichst geringen Folgekosten anzustreben, da die Investitionskosten im Regelfall über den Lebenszyklus der Anlage kleiner sind als Erhaltungs- und Betriebskosten.

Eindeutig ergibt sich, dass aus fiskalischer Sicht dichter bebaute Siedlungen rentabler sind, jedoch sind hier die Dichtenachteile (z.B. sprungfixe Kosten, dichtebedingte Qualitätsverluste, selektive Abwanderung auch innerhalb der Stadt) zu berücksichtigen.

Als wichtigste Wirkung auf der Kostenseite des Stadtwachstums sind nicht die einmaligen und laufenden Ausgaben für materielle Infrastrukturen zu nennen, sondern die durch das Wachstum und den demografischen Wandel der Bevölkerung entstehenden Sozialausgaben, z.B. für Gesundheit, Pflege, Betreuung, und Bildung. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Anstieg von Sozialausgaben nicht nur von der Alters- und Sozialstruktur abhängt, sondern die Ansprüche der „neuen“ und „alten“ Einwohner/innen an die öffentliche Leistungserbringung sich über die Zeit ändern (z.B. medizinischer Fortschritt, Einfordern neuer Dienstleistungen, Änderung von Lebensstilen und sozialen Milieus), sodass die Effekte des Stadtwachstums nur schwer von Effekten durch geänderte Präferenzen und Verhaltensänderungen zu trennen sind. Die Schätzung der (zukünftigen) Veränderungen der Nachfrage für Infrastrukturdienstleistungen sind hierbei mit großen Unsicherheiten behaftet: Die vorliegenden Modellrechnungen beruhen u.a. auf der Bevölkerungsprognose und der zukünftigen Bevölkerungsstruktur. Diese Prognosedaten sind verknüpft mit absehbaren Bedürfnissen und Ansprüchen an die Infrastrukturen (insbesondere soziale Infrastrukturen wie Bildung, Betreuung, Pflege und Gesundheit). Es können allerdings – vor allem mangels Grundlagendaten über den Wandel von Lebensstilen und zukünftigen Qualitätsansprüchen – Veränderungen in den Lebensstilen oder den sozialen Milieus nicht berücksichtigt werden. Neben diesen sozialen Transformationsprozessen können aber auch rein technische Veränderungen, beispielsweise neue dezentrale Energieversorgungstechnologien, die zu neuen Versorgungsstrukturen und netzen führen, naturgemäß nur mangelhaft abgebildet werden. Dies kann jedoch gerade im Zuge der derzeit diskutierten und teilweise umgesetzten „Smart City“-Konzepte für die Schätzung der fiskalischen Wirkungen große Unsicherheiten bedeuten, da Infrastrukturnetze lediglich schrittweise und verzögert an neue soziale, wirtschaftliche und technische Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Insgesamt ergibt sich für das Wiener Kommunalbudget aus großen Stadtentwicklungsprojekten aufgrund des Stadtwachstums eine nur geringe Belastung des Saldos der laufenden Gebarung der Stadt Wien. Die Finanzierungsmöglichkeiten dieser relativ geringen Belastung hängen jedoch sowohl von der unmittelbaren (d.h. den Ausgaben zeitnahen) Liquidität als auch von den Möglichkeiten zur Verschuldung ab. Hierbei zeigt sich, dass aus ökonomischer Sicht wenig Finanzierungsprobleme für den Wiener Kommunalhaushalt zu erwarten sind; allerdings beschränken die europäischen und innerösterreichischen Fiskalregeln die Kreditaufnahme. Diese Sichtweise wird auch durch den österreichweit beobachteten Rückgang der kommunalen Investitionen belegt: Gemeinden tendieren

aufgrund der strukturellen Zusammensetzung von Ausgaben und Einnahmen zur Reduktion ihrer Investitionen, da sie aufgrund von Schuldenbremsen oder dem bestehenden Fiskalpakt Kredite auch für an sich „rentable“ Investitionen nicht ausweiten können. Neben der Reduktion von kommunalen Investitionen führt dies auch zu einer oftmals intransparenten „Flucht aus dem Budget“ im Wege von Ausgliederungen (siehe z.B. Hauth und Grossmann, 2012).

Wichtig für alle Planungen (und für den kommunalen Haushalt insgesamt) ist jedenfalls, dass die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Stadt nicht zuletzt von einem ausgewogenen Verhältnis von Wohn- und Arbeitsbevölkerung abhängig ist, da ein wesentlicher Teil der einwohnerbezogenen Infrastruktur durch Steuereinnahmen aus betrieblichen Nutzungen finanziert wird. Aus ökonomischer wie auch planerischer Sicht behindert daher die rein administrative Abgrenzung (Gemeindegrenzen) der Planungsinstrumente und –gebiete sowie des Kommunalbudgets eine Betrachtung der gesamten Stadtregion mit ihren vielfältigen Stadt-Umland-Verflechtungen. Hierbei wäre es dringend notwendig, für eine regional effizientere Planung und eine gerechtere Verteilung sowohl des Nutzens als auch der Lasten des Stadtwachstums zu sorgen.